

ZUR SACHE

Das ist eine dreiste Forderung



Ein Genfer Gericht stützt die Beschwerden von Untersuchungshäftlingen: Sie haben zu wenig Platz. Jetzt werden Entschädigungsforderungen gestellt. (Seite 4)

Häftlinge im Genfer Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon verlangen pro Tag hundert Franken Entschädigung vom Kanton, weil sie nicht genügend Platz haben in der Zelle. Vier Quadratmeter sind laut Europäischer Rechtsprechung das Minimum, teils nur 3,84 m² gibt es in Champ-Dollon. Es verfügt auch nicht jeder Häftling über ein Bett: Einzelne schlafen auf einer Matratze am Boden. Ist das nun Folter, wie deren Anwältin sagt?

Spätestens jetzt bleibt wohl jedem unbescholtenen Bürger die Luft weg. Und es kocht verständlicher Ärger hoch, der sich auch in bitterbösen Kommentaren auf den Genfer Leserforen ergiesst. Sicher: Die Forderung ist dreist. Doch sie legt den Finger auf einen wunden Punkt. Platzmangel kennen natürlich auch andere – etwa jene Genfer, die auf der Suche nach einer grösseren, aber bezahlbaren Wohnung sind. Doch ein notorisch überbelegtes Gefängnis ist potenziell ein Pulverfass. Haftstress gepaart mit Dichtstress unter Menschen verschiedenster Nationen und gähnende Langeweile, weil die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht einmal auf die Hälfte der heutigen Insassen ausgelegt sind: Das ergibt eine explosive Mischung, das ist ein Risiko für die Sicherheit. Bewältigen muss diesen nervenaufreibenden Zustand das Gefängnispersonal.

Hätte die Genfer Politik rechtzeitig für den nötigen Ausbau der Infrastrukturen gesorgt, bliebe diese angespannte Situation heute allen Beteiligten erspart. Und mit ihr auch die unsägliche Entschädigungs-Diskussion. *Denise Lachat*

denise.lachat@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Die USA geraten wegen Enthüllungen eines früheren CIA-Mitarbeiters erneut in den Fokus.

Der Bund Snowden hätte seine Informationen auch verkaufen oder anderen Ländern zustecken können. Er verzichtete darauf, weil er sich eine politische Debatte um die Grenzen der Personenüberwachung wünscht; eine Auseinandersetzung, welche die Regierung bisher mit vagen Zusicherungen verhindert hat.

Neue Zürcher Zeitung Heiligt der Zweck – Schutz der Gesellschaft vor Verbrechen und Terror – jedes Mittel? Sicher nicht! Nur führt Empörung im Einzelfall, so skandalös dieser auch immer sein mag, nicht viel weiter. Geschärft werden müsste vielmehr wieder das Bewusstsein, dass Freiheit vom und zum Staate immer auch mit Verantwortung und mit Risiken für den Einzelnen verbunden ist.

ÖSTER TAGBLATT Die aufgedeckten Schnüffeleien der USA wecken auch zusätzliche Skepsis hinsichtlich des hierzulande umstrittenen Steuerdeals: Was steckt dahinter, dass der Inhalt des mit den USA ausgehandelten Programms für die Banken geheim bleiben soll?

TAGBLATT

Gesamtverantwortung: Daniel Ehrat

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (Stellvertreter Chefredaktor); Jürg Ackermann (Blattmacher); Bruno Scheible (Blattmacher); Christian Ortner (Blattmacher Ostschweiz am Sonntag)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Andreas Nagel (Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef); Koni Nordmann, (Gestalter)

Verlag und Druck: St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122 Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Verlagsleiter: Urs Bucher

Verkaufte Auflage: WEMF 2012 115623 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30 www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch

Anzeigenleiter: Raphael Jud



Bild: ky/Photopress-Archiv

Verdingbub auf dem Sonntagsspaziergang: Menschen, die das Fordern nicht gewohnt sind; man hat es ihnen früh abgewöhnt.

«Ergebnis darf nicht schäbig sein»

Der Historiker **Thomas Huonker**, Delegierter der Opferseite, über die Erwartungen an den runden Tisch für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen, der morgen seine erste Sitzung abhält.

Herr Huonker, morgen findet die erste Sitzung des runden Tisches statt. Was erwarten die Betroffenen denn von der Arbeit dieser Institution?

Thomas Huonker: Zunächst einmal, dass man sie ernst nimmt, dass man sie anhört und auf ihre Forderungen eingeht. Deshalb finde ich es sehr gut, dass dieser runde Tisch paritätisch zusammengesetzt ist: je hälftig Vertreter der Opfer und der ehemaligen Täterorganisationen, dazu Experten ohne Stimmrecht. Dies unter der Leitung von alt Ständerat Hansruedi Stadler.

Bundesrätin Sommaruga hat sich im April im Namen des Bundesrates bei den Betroffenen entschuldigt. Was hat

Ich hoffe, dass das Geld wie auch schon in anderen Fällen rasch fliessen wird.

dies bewirkt bei den Angesprochenen? Welche Reaktionen haben Sie?

Huonker: Viele haben ganz einfach geweint. Andere waren wirklich froh, dass die Schuldzuweisung endlich von ihnen genommen worden ist und man darauf hinwies, dass da ein ganzes System dahinter stand. Einige fanden, eine Entschuldigung so spät, was bringt das noch? Es müssen nun auch Taten folgen!

Haben Sie auch Reaktionen Nichtbetroffener? Anders gefragt: Wie sehr ist das, was den Betroffenen geschehen ist, Ihrer Meinung nach denn im öffentlichen Bewusstsein als Unrecht verankert?

Huonker: Ich meine, man hat in diesem Bereich massive Fortschritte gemacht in den letzten Jahren. Dies vor allem auch dank der Entschuldigung des Bundesrates und der Berichterstattung darüber. Viele Menschen stellen plötzlich fest, dass es in ihrer eigenen Verwandtschaft solche Opfer gibt. Vorher wussten sie es nicht, weil man nicht darüber sprach. Zudem gibt es nun Schüler, die diesem Thema nachgehen, und erfreulicherweise auch junge Historiker.

Die Geschichte dieser Betroffenen soll historisch und rechtlich aufgearbeitet werden. Was heisst dies konkret?

Huonker: Historisch ist das eine riesige Aufgabe. Es ist ein wichtiges Thema der Sozialgeschichte der Schweiz, das bisher wissenschaftlich stark vernachlässigt wurde. Man hat es einfach den Verfassern von Jubiläumsschriften dieser Institutionen überlassen; naturgemäss fehlt in diesen Schriften jeder kritische Ansatz. Es waren über einen langen Zeitraum hinweg in der ganzen Schweiz sehr viele Organisationen und Institutionen tätig, deren Geschichte aufzuarbeiten ist. Wichtig wird auch sein, dass man auf Zeitzeugen zugeht – besonders in jenen Fällen, wo die Akten bereits vernichtet worden sind. Unabdingbar ist auch die rechtliche Aufarbeitung.

Wird man dabei aber nicht auf Widerstände stossen? Seit diese Massnahmen nicht mehr ergriffen werden, sind ja gerade einmal gut dreissig Jahre vergangen. Nicht nur die Opfer leben noch, sondern auch die Täter, wenn man diesen Begriff verwenden soll. Sie werden kein Interesse haben, an den Pranger gestellt zu werden.

Huonker: Nun ist dies ja eine lange Zeit, die aufgearbeitet werden muss. Viele der Täter leben nicht mehr. Aber es gibt natürlich Rechtsnachfolger, die sich vor allfälligen rechtlichen Konsequenzen schützen wollen. Deshalb gibt es vermutlich Widerstände. Aber die zeitgeschichtliche Forschung kennt dies und muss damit umgehen können. Ich hoffe auch darauf, dass es auf der Täterseite einsichtige Leute gibt, die dazugelernt haben und mit sich und ihrer Geschichte ins reine kommen wollen. Auch sie können sicher wertvolle Beiträge zur Aufarbeitung leisten.

Die Organisationen der Opfer begnügen sich erwartungsgemäss nicht mit der blossen Aufarbeitung von Unrecht; sie wollen Entschädigung: Nothilfe für Härtefälle, eine Rente für Geschädigte, Geld für Therapien. Nun ist die Schweiz nicht bekamnt dafür, für solche Forderungen a priori ein offenes Ohr zu haben. Wie zuversichtlich sind Sie?

Huonker: Die Schweiz ist ja eines der reichsten Länder auf dieser Welt. Sie kann auf gewisse Aspekte ihrer humanitären Tradition stolz sein, auf andere eher nicht. Ich hoffe stark, dass die Finanzen wie auch schon in anderen Fällen rasch fliessen werden. Das Problem ist, dass die Opfer das Fordern nicht gewohnt sind; man hat es ihnen schon früh abgewöhnt. Bei anderen Gruppen ist in diesem Land das Fordern und Zugreifen aber gang und gäbe. Ich wünsche mir, dass die Relationen hier gewahrt werden.

Fürchten Sie nicht, dass es in der Öffentlichkeit heissen könnte, es gäbe da auch noch andere, die Anrecht auf Unterstützung hätten?

Huonker: Das ist sicher so. Aber das eine darf das andere nicht ausschliessen. Dass man dieser Gruppe gegenüber grosszügig sein muss, die seit ihrer Kindheit stets untendurch musste und aufgrund fehlender Ausbildungschancen heute im Alter mit einer Minimalrente auszukommen hat, dies ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Alles andere wäre eine Schande.

Es geht um Geld. Ist deshalb nicht anzunehmen, dass es um diese Forderungen ein zeitraubendes Gezerre gibt zwischen den Parteien?

Huonker: Meine Hoffnung ist, dass es fast so schnell geht wie unlängst bei den Banken. Da sah man, dass die an sich träge Politik auch schnell reagieren kann. Die Forderungen der Betroffenen sind zudem ja auch nicht gerade neu, sondern stehen seit Jahrzehnten im Raum.

Viele Opfer sind ja heute schon betagt, die Zeit läuft ihnen davon. Sie stehen also unter grossem Zeitdruck. Wie gut kann man in dieser Situation denn verhandeln?

Huonker: Man muss sich die Zeit nehmen für seriöse Verhandlungen; man muss halt genug Sitzungstermine einplanen und Arbeitsgruppen einsetzen, um verschiedene Probleme parallel lösen zu können. Wenn man eins ums andere anginge, käme man definitiv zu spät.

Nun haben wir den Eindruck, dass viele der Betroffenen verbittert sind wegen des Unrechts, das ihnen angetan worden ist. Verbitterte Menschen sind in aller Regel aber nicht sehr kompromissbereit. Ist deshalb nicht zu befürchten, dass jede Einigung des runden Tisches lediglich auf Kritik der Betroffenen stossen wird? Können Sie überhaupt erfolgreich sein?

Huonker: Politische Verhandlungslösungen sind in der Regel ja dann gute Lösungen, wenn eine mittlere Unzufriedenheit bei allen Teilnehmern herrscht. Es ist also anzustreben, dass es im Ergebnis nicht einfach Sieger und Verlierer geben wird. Und sicher wird es auch dann Betroffene geben, die mit einem gewissen Recht sagen,

Man soll mit diesen Menschen grosszügig sein. Sie mussten ja schon ein Leben lang unten durch.

dass das, was erreicht wurde, in keinem Verhältnis stehe zu dem, was sie durchmachen mussten.

Wann würden Sie denn von einem Erfolg des runden Tisches sprechen? Was müsste am Schluss konkret an Ergebnissen vorliegen?

Huonker: Wichtig ist, dass die Betroffenen ernst genommen werden, dass für sie schnell akzeptable Lösungen gefunden werden. Die Lösung auf finanzieller Ebene sollte einem internationalen Vergleich standhalten können und die Schweiz als reiches Land, das sich so etwas leisten kann, nicht als schäbig erscheinen lassen.

Interview: Richard Clavadetscher



Thomas Huonker
Historiker, Aktuar
Verein Fremdplaziert